
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 5 (1977)

DOI: 10.11588/fr.1977.0.48725

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

GOTTFRIED NIEDHART

EUROPA IN DER BRITISCHEN WELTPOLITIK VOR DEM
ZWEITEN WELTKRIEG

Seit der gezielten Hinwendung Englands zu Kolonialerwerb und Welthandel im 17. und 18. Jahrhundert, die mit kriegerischer Ausschaltung der holländischen, spanischen und französischen Konkurrenz verbunden war, hatte die englische Wirtschaft – von vereinzelter Stagnation und partiellen Rückschlägen abgesehen – ein kontinuierliches Wachstum zu verzeichnen. Die weltpolitische Stellung Großbritanniens am Ende des Siebenjährigen Kriegs, des Weltkriegs um Ressourcen und Märkte an der Schwelle zum Industriezeitalter, beruhte auf seiner Führungsrolle als Industrie-, Handels- und Finanzmacht.¹ Indem sich die Macht mit dem größten Wirtschaftspotential und den meisten Finanzreserven gegenüber dem in traditionell militärischer Hinsicht stärkeren Frankreich behauptete, setzte Großbritannien »neuartige Machtmaßstäbe«.² Sein Status im internationalen System war durch seinen Vorsprung als Wirtschaftsmacht bestimmt, die durch militärische Schlagkraft vornehmlich zur See flankiert wurde. Der mobile Einsatz der Flotte, die Handelsinteresse und Militärpolitik zur Deckung brachte, sicherte im 19. Jahrhundert die weltweite Präsenz britischer Herrschaft, sei sie direkter Natur im Bereich des »formal empire«, oder indirekter Natur im Bereich des »informal empire«.³

Dem nationalen Interesse des Handelsstaats verpflichtet, vertrat die britische Führungsschicht seit dem 18. Jahrhundert unter Rückgriff auf frühere Ansätze eine militärstrategische Betrachtungsweise, die die Vorstellung vom Gleichgewicht der Kräfte quasi als Lehrsatz in der internationalen Politik zu verankern vermochte.⁴ Das Verlangen nach freiem Zugang zu den Weltmärkten, das Prinzip der »offenen Tür« im Welthandel, das der stärksten Macht im Weltwirtschaftssystem des 19. Jahrhunderts am meisten entsprach, korrespondierte mit der Doktrin der *Balance of Power*, die die Etablierung von Hegemonialmäch-

¹ Dazu meine demnächst veröffentlichte Habilitationsschrift: *Der Krieg als Mittel der Politik und das Problem des Friedens in England 1738–1763*, Ms. Mannheim 1976.

² Ernst SCHULIN, *Handelsstaat England. Das politische Interesse der Nation am Außenhandel vom 16. bis ins frühe 18. Jahrhundert*, Wiesbaden 1969, S. 339.

³ Hierzu Paul M. KENNEDY: *The Rise and Fall of British Naval Mastery*, London 1976.

⁴ Neuerdings heranzuziehen: Moorhead WRIGHT (Hg.): *Theory and Practice of the Balance of Power 1486–1914. Selected European Writings*, London 1975; Georges LIVET: *L'équilibre européen de la fin du XVe à la fin du XVIIIe siècle*, Paris 1976; Heinz DUCHHARDT: *Gleichgewicht der Kräfte, Convenance, europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß*, Darmstadt 1976.

ten und damit Bildung von wirtschaftlichen Großräumen unter Ausschluß Großbritanniens unterbinden sollte. Nur *eine* Hegemonialmacht war in diesem Konzept vorgesehen: Großbritannien als Hegemonialmacht im Welthandel, als Weltwirtschaftszentrum. Die Ideologie des militärischen Gleichgewichts auf dem europäischen Kontinent wurde so zum Vehikel für die britische Hegemonialstellung, zur sicherheitspolitischen Rückendeckung für die überseeische Expansionsbewegung. Das Gleichgewicht der Kräfte in den Subsystemen des internationalen Globalsystems war Voraussetzung für den Ausbau der britischen Führungsrolle und den Anspruch Großbritanniens als zentraler Ordnungsmacht in der Weltpolitik. Dies bedeutete für Volkswirtschaft und Staatshaushalt Kostenminimierung und Nutzenmaximierung zugleich, da die Militärausgaben in für die Erfordernisse des wirtschaftlichen Wachstums vertretbaren Grenzen gehalten werden konnten.

Der Ordnungsanspruch Großbritanniens in der Weltpolitik blieb auch nach dem Ersten Weltkrieg erhalten, obwohl das Land nicht mehr über die wirtschaftlichen und politisch-militärischen Machtmittel verfügte, die im 19. Jahrhundert seine Rolle als führende Weltmacht begründet hatten. Trotz nachlassender Konkurrenzfähigkeit und relativen Machtverlusten im internationalen Vergleich hielt die britische Politik mit Modifikationen an den Grundmustern lassender Konkurrenzfähigkeit und relativen Machtverlusts im internationalen System, wie es sich im 19. Jahrhundert stabilisiert hatte, mit friedlichen Mitteln zu erhalten und damit die Rolle Großbritanniens als Weltmacht zu konservieren. Der Zustand des Friedens war zwingende Voraussetzung für die Fortexistenz britischer Weltgeltung. Das Dilemma, in dem sich alle britischen Regierungen in der Zwischenkriegszeit befanden, bestand darin, für die Erhaltung des Friedens arbeiten und auf ihn hoffen zu müssen, ohne in der Lage zu sein, den Frieden durch wirkungsvolle Sanktionen gegen Friedensstörer erzwingen zu können.

Die Krise des internationalen Systems, die 1914 zum Kriegsausbruch geführt hatte und die in den Friedensverträgen 1919 und den internationalen Folgeverträgen der zwanziger Jahre nur vorübergehend verdeckt werden konnte, brach in den dreißiger Jahren erneut hervor. Zusammen mit Frankreich gehörte Großbritannien zu den Mächten, die das bestehende internationale System geschaffen hatten, zu seiner Verteidigung angesichts der Politik Japans, Italiens und Deutschlands jedoch nicht in der Lage waren. Doch drohte eine Revolutionierung des internationalen Systems nicht nur von diesen in unterschiedlicher Weise und Zielsetzung auf Expansion gerichteten Staaten, sondern auch von seiten der »Flügelmächte« USA und UdSSR, die aufgrund ihres überlegenen wirtschaftlichen Potentials beziehungsweise ihrer ideologischen Ausrichtung das internationale Kräfteverhältnis umzugestalten drohten. Großbritannien mußte also ebenso wie Frankreich an der Aufrechterhaltung des bestehenden multipolaren internationalen Systems im Frieden interessiert sein, weil ein Krieg dieses System in jedem Fall zuungunsten Großbritanniens und Frankreichs verändern mußte und schließlich auch verändert hat. Das sich nach 1945 bildende bipolare System mit den USA und der UdSSR als Blockführungsmächte

hat neue Ordnungsprinzipien für die Weltpolitik konstituiert, die Rolle Europas und seiner Nationalstaaten in der Welt verändert und damit auch das Verhältnis Großbritanniens zum Kontinent⁵ neu bestimmt.

Wie die Regierungen in London und Paris diesen Transformationsprozeß des internationalen Systems aufzuhalten versuchten, zeigt ein Sammelband, der die Referate zweier in Paris und London 1971 und 1972 durchgeführten Tagungen enthält.⁶ Das Zustandekommen dieses französisch-britischen Kolloquiums, an dem namhafte Historiker aus beiden Ländern beteiligt waren, haben wir dem Comité d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale zu verdanken. Für die oben skizzierte Problematik ist das Thema der Tagungen, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich im internationalen System vor dem Zweiten Weltkrieg, von zentraler Bedeutung, war doch Großbritannien an der Aufrechterhaltung eines westeuropäischen Glacis⁷ ebenso vital interessiert wie Frankreich an einem britischen Beitrag zur Eindämmung deutscher Hegemonialpolitik. Die vorliegenden Referate behandeln Fragen der britischen und französischen Innenpolitik, Fragen bilateraler Natur (Koordination auf militärischem und wirtschaftlichem Sektor) und Fragen der Abstimmung britischer und französischer Außenpolitik gegenüber Italien, Polen, den Balkanländern und der Sowjetunion. Erstaunlicherweise und kaum verständlich angesichts des Anspruchs der Herausgeber, die britisch-französischen Beziehungen im Kontext der Weltpolitik zwischen 1935 und 1939 behandeln zu wollen, ist die Tatsache, daß eigene Beiträge zur Einschätzung Deutschlands, Japans und der USA und zur Politik gegenüber diesen Staaten fehlen. Zwar ist insbesondere die Deutschlandpolitik in allen Beiträgen mitbehandelt, doch muß die weitgehende Ausblendung Japans und des Fernen Ostens sowie die Ausklammerung der Beziehungen zu den USA mit ihrer wirtschaftlich global engagierten und politisch-militärisch eher isolationistischen Politik⁸ bedauert werden.

Die behandelten Themen wurden paritätisch mit einem französischen und einem britischen Referenten besetzt, was bisweilen zu Wiederholungen, seltener zu Kontroversen führt. Schade, daß Verlauf und Ergebnis von Diskussionen, die doch wohl stattgefunden haben, nicht wiedergegeben sind; daß viele Beiträge nur über einen dürftigen Anmerkungsapparat verfügen, verschiedentlich der Leser über die Quellenbasis auch völlig im Dunkeln gelassen wird; daß schließlich dem Band keine Zusammenstellung der Spezialliteratur⁹ beigegeben ist, die

⁵ Zwei Jahrhunderte dieses Verhältnisses sind dokumentiert bei James JOLL (Hg.): *Britain and Europe. Pitt to Churchill 1793–1940*, London 1950.

⁶ *Les relations Franco-Britanniques de 1935 à 1939*, Paris (Éditions du Centre National de la Recherche Scientifique) 1975, 440 S.

⁷ Zum notwendigen, wenn auch begrenzten Kontinentalengagement Großbritanniens, das gerade als Seemacht die Etablierung einer kontinentalen Hegemonialmacht verhindern mußte, vgl. Michael HOWARD: *The Continental Commitment. The Dilemma of British Defence Policy in the Era of the two World Wars*, London 1972.

⁸ Vgl. dazu Detlef JUNKER: *Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941*, Stuttgart 1975.

⁹ Angeführt sei hier nur Neville WAITES (Hg.): *Troubled Neighbours. Franco-British Relations in the Twentieth Century*, London 1971.

ihn zu einem Arbeitsmittel auch für Benutzer werden lassen könnte, die nicht schon über Expertenwissen verfügen.

Diese einschränkenden Bemerkungen ändern freilich nichts am substantiellen Ergebnis der vorgelegten Arbeiten, die durchweg materialreich und informativ sind. Als Hauptergebnis ist festzuhalten, wie ausdauernd Großbritannien bestrebt war, an seiner Weltmachtrolle festzuhalten, sich also nicht in Europa binden zu lassen, sondern als überseeische Macht auf dem Kontinent lediglich eine Vermittlerrolle zu spielen, um sich den drängenden Problemen seines Weltreichs zuwenden zu können. Durch die Pazifizierung Europas im Rahmen eines allgemeinen Abkommens, das von allen europäischen Großmächten frei auszuhandeln gewesen wäre und in Fortführung der Locarno-Verträge den »Waffenstillstand« von Versailles ersetzt hätte, durch ein *European settlement and appeasement*¹⁰ sollten die Unruheherde Deutschland und Italien beseitigt und Handlungsfreiheit für die britische Fernostpolitik gewonnen werden.

Als zweites Ergebnis ist hervorzuheben, daß diese Ausgangslage der britischen Politik notwendigerweise auf allen Ebenen zu mangelnder Abstimmung und zu ständigen Differenzen zwischen London und Paris führte, wo unterschiedliche Wege der Friedenssicherung konzipiert wurden. Während die französische Sicherheitspolitik am Status quo orientiert war und das Mittel traditioneller Allianzpolitik einsetzte, plädierte London für *peaceful change* und ein offenes internationales System, in dem Blockbildungen vermieden werden sollten und das damit – so wurde argumentiert – weniger anfällig für kriegerische Erschütterungen sein würde. Diese britisch-französische Grunddifferenz verhinderte bis zum Sommer 1939, als sich die Wahrscheinlichkeit eines Krieges deutlicher abzeichnete, die Aufnahme von britisch-französischen Verhandlungen mit dem Ziel bindender Abmachungen für den Kriegsfall.

Breiten Raum nimmt im vorliegenden Band die Frage des Informationsaustauschs und zweiseitiger Absprachen im militärischen Bereich ein. Angestoßen wurden derartige Kontaktaufnahmen durch die Vorgänge in Äthiopien und die Remilitarisierung des Rheinlands. Da im ersten Fall britische, im zweiten Fall französische Sicherheitsinteressen berührt wurden, kam es zunächst britischerseits und dann französischerseits zu Initiativen für Militärbesprechungen, die beim jeweiligen Adressaten letztlich aber auf taube Ohren stießen und über einen unverbindlichen und unvollständigen Informationsaustausch nicht hinausführten. Während sich die britische Aufmerksamkeit auf die Sicherung der imperialen Verbindungslinien richtete, suchte Frankreich sein Unterlegenheitsgefühl gegenüber Deutschland durch die Einbeziehung Großbritanniens in seine *sécurité*-Politik zu kompensieren. Der Hauptgegensatz zwischen Paris und London, der schon die Friedenskonferenz 1919 beherrscht hatte und der seit 1936 wieder verstärkt zutage trat,¹¹ entzündete sich an der Frage, in welchem

¹⁰ Außenminister Eden am 18. 6. 1936 im Unterhaus: *Nothing less . . . than a European settlement and appeasement should be our aim*. Parliamentary Debates, House of Commons, Bd. 313, Sp. 1211.

¹¹ Vgl. dazu auch Reinhard MEYERS: Das Ende des Systems von Locarno. Die Remilitarisierung des Rheinlands in britischer Sicht, in: Les relations Franco-Allemand 1933–

Ausmaß Deutschland seine Rolle als Großmacht wiedergewinnen dürfe. Auch 1938 kam es nicht zu ernsthaften militärischen Verhandlungen, von einer gemeinsamen britisch-französischen Strategie ganz zu schweigen. Die strategische Marschroute der britischen Regierung, wonach Frankreich als Kontinentalmacht über eine starke Armee verfügen und Großbritannien vorrangig den See- und Luftraum sichern müsse, ließ keine weitergehenden Planungen in der Deutschland- und Europapolitik zu. Erst 1939 kam es zu konkreten britisch-französischen Militärabsprachen, die auf wirtschaftlichem Sektor – dem vierten Arm der Verteidigung neben den drei Waffengattungen – ergänzt wurden. Es dauerte bis Juli 1939, ehe man Organisations- und Verteilungsprobleme für Nahrungsmittelversorgung im Krieg, Kraftstoffe, Kohle und Munitionsproduktion sowie Fragen der Finanzierung dieses Programms planmäßig anpackte.

Man vermißt bei den Beiträgen zur wirtschaftlichen Seite der Kriegsvorbereitung, die von M. GOWING und P. LE GOYET stammen, eine Einbettung der Vorkriegsplanungen in die Strukturprobleme der britischen und französischen Ökonomie und Wirtschaftspolitik. Auf diese Weise hätte man vielleicht zu einem plausiblen Erklärungsversuch der vordergründig so unentschlossen und ziellos wirkenden britischen und französischen Politik gelangen können. Eine Beschreibung technischer Einzelheiten, die detailkundig ausgebreitet werden, ruft doch notwendigerweise die Frage nach den politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen hervor, die den Rahmen für die britisch-französischen Expertengespräche auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet bildeten. Auch die Aufsätze von J. B. DUROSELLE und D. C. WATT über den Einfluß der Innenpolitik auf außenpolitische Entscheidungen enttäuschen hier, weil sie den Begriff Innenpolitik sehr eng fassen und sich damit begnügen, politische Gruppen und Parteien auszumachen, sie mit bestimmten außenpolitischen Zielvorstellungen zu identifizieren und ihre Stellung zur Regierungspolitik zu umschreiben. Was fehlt, ist ein Rekurs auf die jeweilige »politische Kultur«, die den Handlungsspielraum politischer Führungen bestimmt hat. Nur an einer Stelle und hier eher beiläufig macht P. FRIDENSON, der zusammen mit P. N. BUCKLEY, E. B. HASLAM, P. LE GOYET, J. LECUIR, Ph. MASSON und B. R. NEAVE-HILL die Referate zu den britisch-französischen Militärplanungen geliefert hat, den Versuch, die Krise des »liberalen Systems« anzusprechen und in diesem bestimmenden Merkmal der Zwischenkriegszeit einen Erklärungsansatz zu suchen.

Als Ergebnis der militärgeschichtlichen Studien ist festzuhalten, daß die Generalstäbe auch 1939 an ihrer defensiven Grundhaltung festhielten, die durch die hohe Einschätzung der momentanen deutschen und italienischen Schlagkraft und die noch bestehenden Lücken in der britischen Armee und französischen Luftwaffe bedingt war. Kriegsentscheidend – so wurde kalkuliert – würden sich die überlegene Flottenstärke der Westalliierten und ihr größeres wirtschaftliches Durchhaltevermögen erweisen. Zur Verhinderung von Überraschungsschlägen im Westen sah die britisch-französische Kriegführung, die in einem *Conseil*

1939, Paris 1976, S. 303 f., 310 f. Vgl. ferner ders.: Sicherheit und Gleichgewicht. Das britische Kabinett und die Remilitarisierung des Rheinlands 1936, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 38, 1974, S. 406 ff.

Suprême de Guerre Interallié (Supreme War Council) koordiniert werden sollte, die Aufstellung eines britischen Expeditionskorps unter französischem Oberbefehl vor. Allgemein heben die Autoren den schleppenden Ablauf der Planungsgespräche hervor, die zudem selten frei von gegenseitigen Eifersüchteleien und Vorurteilen waren.

Die auf einen langen Krieg eingerichtete Defensivstrategie hatte zur Folge, daß das von Großbritannien und Frankreich in seiner Unabhängigkeit garantierte Polen kaum mit rascher und effektiver militärischer Hilfe rechnen konnte. Dies zeigt der Beitrag von H. MICHEL, der sich zusammen mit J. LALOY und R. WHEATLEY auch den Beziehungen des Westens zur Sowjetunion zugewandt hat. Es findet hier Bestätigung, was zureichend bekannt ist: die bestehenden politischen und militärischen Hindernisse erwiesen sich als unüberwindlich, um die UdSSR in eine zweite Front gegen Deutschland einbeziehen zu können. In der unter britischer Führung stehenden Rußlandpolitik überwog das Mißtrauen in die Motive sowjetischer Außenpolitik. Hinzu kamen die Informationen über den Schwächezustand der Roten Armee. Die britisch-französische Politik der Garantien für Polen, Rumänien und Griechenland im März und April 1939 sollte eher abschreckenden Effekt auf Deutschland und Italien haben, nicht aber eine Einbahnstraße in den Krieg eröffnen. In London wurde immer wieder betont, Deutschland in seinem natürlichen wirtschaftlichen Betätigungsfeld in Mittel- und Südosteuropa nicht blockieren zu wollen. Wenn man auch westlicherseits politisch und wirtschaftlich in diesem Raum präsent bleiben wollte, so kam es, wie die Arbeiten von F. M. DEAKIN und J. M. D'HOOP in diesem Band zeigen, nicht zu einem Bündnissystem nach dem Muster der französischen Bündnispolitik nach dem Ersten Weltkrieg.

Zusammenfassend ist hervorzuheben, daß die britisch-französischen Beziehungen der Jahre vor Ausbruch des Krieges im September 1939¹² durch jeweils unterschiedliche Einschätzungen der deutschen und italienischen Politik geprägt waren, wie besonders P. RENOUVIN und D. C. WATT in ihren Beiträgen zu den bilateralen Beziehungen der beiden westeuropäischen Großmächte und zu ihrer Italienpolitik deutlich machen. Jeweils phasenverschoben, niemals aber synchron wurden seit 1935 in London beziehungsweise Paris Verhandlungslösungen oder Containmentversuche angestrebt.

Aus französischer Sicht kam das kontinentale Engagement Großbritanniens 1939 viel zu spät. Die »Wende« britischer Politik im Frühjahr 1939 vermochte die expansionistische Dynamik des nationalsozialistischen Deutschland nicht mehr zu bremsen. In seiner an der Johns Hopkins University School of Advanced International Studies in Washington entstandenen Dissertation versucht Simon NEWMAN diese Auffassung zu entkräften.¹³ Er weist die These zurück, die sogenannte britische Appeasementpolitik der dreißiger Jahre sei 1939 in

¹² Hierzu im Licht der britisch-französischen Beziehungen auch R. A. C. PARKER: *The British Government and the Coming of War with Germany 1939*, in: *War and Society. Historical Essays in Honour and Memory of J. R. Western*. Hg. v. M. R. D. FOOT, London 1973, S. 1 ff.

¹³ Simon NEWMAN: *March 1939: The British Guarantee to Poland. A Study in the Continuity of British Foreign Policy*, London (Oxford University Press) 1976, 253 S.

einer umstürzenden Neuorientierung Londons gegenüber dem europäischen Kontinent aufgegeben worden, um einer gegen Deutschland gerichteten und den Krieg gezielt ins Auge fassenden Bündnispolitik Platz zu machen. Vielmehr habe es sich bei der Garantie für Polen vom 31. März 1939, der die Studie gewidmet ist, um ein Element britischer Europapolitik gehandelt, das während der dreißiger Jahre stets anzutreffen war. Die Garantie für Polen stelle in Wahrheit ein Element der Kontinuität im außenpolitischen Konfliktverhalten Großbritanniens dar, das nie ein Desinteresse am Kontinent gezeigt habe. Ziel britischer Politik sei immer die Aufrechterhaltung des Status quo gewesen. Keineswegs habe man Deutschland freie Hand auf dem Kontinent, auch nicht in Osteuropa geben wollen.

Zweifellos muß gesagt werden, daß sich der Autor mit seiner Hauptthese in die richtige Richtung bewegt, wenn sie auch nicht so neu ist, wie er glauben machen möchte.¹⁴ Die neuere Forschung zur Appeasementpolitik, die seit Mitte der sechziger Jahre das herkömmliche Bild dieser Politik gänzlich revidiert hat,¹⁵ hat längst betont, daß Großbritannien trotz gravierender Positionseinbußen nach dem Ersten Weltkrieg an seinem Selbstverständnis als Weltmacht festzuhalten versuchte und nie bereit war, Deutschland bei seinem unter nationalsozialistischer Führung neuerlich gestarteten Anlauf zur Hegemonialmacht freie Hand zu lassen. Dies bedeutete aber durchaus nicht Zementierung des Status quo, wie NEWMAN meint. Vielmehr sollte der Status quo auch 1939, auch nach Abgabe der Garantie für Polen noch friedlich revidierbar sein. NEWMAN schießt weit über das Ziel hinaus, wenn er die Entscheidung zum Krieg gegen Deutschland im März 1939 gefallen sieht und damit die Kriegsschuldfrage neu formulieren möchte.¹⁶ Der Konflikt um Danzig habe so zum kriegerischen

¹⁴ Siehe etwa unter Verarbeitung der bis dahin vorliegenden Forschungen Gottfried NIEDHART: Die britisch-französische Garantieerklärung für Polen vom 31. März 1939: außenpolitischer Kurswechsel der Westmächte? In: *Francia* 2, 1974, S. 597 ff.

¹⁵ Bahnbrechend waren die Arbeiten von Donald C. WATT. Genannt seien hier nur: *Appeasement. The Rise of a Revisionist School?* In: *Political Quarterly* 36, 1965, S. 191 ff. (deutsch in: *Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkriegs?* Hg. v. Gottfried NIEDHART, Darmstadt 1976, S. 302 ff.); *The Historiography of Appeasement*, in: *Crisis and Controversy. Essays in Honour of A. J. P. Taylor*. Hg. v. A. SKED und Ch. COOK, London 1976, S. 110 ff. Zu Tendenzen und Desiderata der Appeasement-Forschung vgl. ferner David N. DILKS: *Appeasement Revisited*, in: *University of Leeds Review* 15, 1972, No. 1, S. 28 ff.; Gottfried NIEDHART: *Friede als nationales Interesse. Großbritannien in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs*, in: *Neue Politische Literatur* 17, 1972, S. 451 ff.; Gustav SCHMIDT: *Strategie und Außenpolitik des »Troubled Giant«*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1973, H. 2, S. 200 ff.; Klaus HILDEBRAND: *»British Interests« und »Pax Britannica«*. Grundfragen englischer Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 221, 1975, S. 623 ff.; Bernd-Jürgen WENDT: *Der blockierte Dialog. Neuere Literatur zu den deutsch-englischen Beziehungen in den dreißiger Jahren*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 11, 1975, S. 201 ff.; R. J. JONES: *The Study of »Appeasement« and the Study of International Relations*, in: *British Journal of International Studies* 1, 1975, S. 68 ff. Als neuesten Versuch einer Gesamtdarstellung siehe William R. ROCK: *British Appeasement in the 1930s*, London 1977.

¹⁶ Dieser Punkt ist auf lebhafte Zustimmung gestoßen in einer Rezension Dietrich AIGNERS zu NEWMANS Buch. Es ist wohl nur aus einer langen Tradition preußisch-deut-

Konflikt zwischen Deutschland und Großbritannien geführt. Als ob Hitler nur Danzig im Auge gehabt hätte und als ob Großbritannien wegen Danzig in den Krieg eingetreten wäre! Vielmehr spricht vieles dafür, daß die britische Regierung Hitlers Programm der Weltherrschaft¹⁷ zu erkennen begann und in ihm die Revolutionierung des bestehenden internationalen Systems fürchtete, an dessen Aufrechterhaltung – möglichst im Frieden, erforderlichenfalls aber auch im Krieg! – der britische Weltmachtstatus gebunden war.

Richtig an NEWMANS Ansatz ist, daß die britische Politik der Friedenswahrung keineswegs eine Politik des Friedens um jeden Preis war. Wie der Eintritt in den Ersten und Zweiten Weltkrieg gezeigt hat, gehörte Krieg als ultima ratio sehr wohl zum kalkulierten Instrumentarium in den außenpolitischen Planungen britischer Entscheidungsträger. Prima ratio hingegen kam der Friedenswahrung zu, weil Frieden die beste Voraussetzung für die Erhaltung des durch innere Krisen¹⁸ und »strategische Überbeanspruchung«¹⁹ überforderten britischen Weltreichs war. Die Garantie für Polen war entgegen NEWMANS Ansicht kein Blankoscheck für Warschau. Die britische Bindung an den Kontinent erfolgte nicht im Rahmen traditioneller Gleichgewichtspolitik, weil Großbritannien nicht mehr über die Mittel zu einer interventionistischen Balance of Power-Politik herkömmlicher Art verfügte und infolgedessen einen möglichen Krieg nur als Defensivkrieg planen konnte. Schon die von NEWMAN widersprüchlich behandelte Frage der auf britischer Seite vorgenommenen Beurteilung der militärischen Schlagkraft Polens macht deutlich, daß die Garantie für Polen Signalwirkung haben und Hitler an den Verhandlungstisch zwingen sollte, nicht aber einen rationalen Planungsakt der Kriegsvorbereitung darstellte: man rechnete in London nicht mit einem langen Durchhaltevermögen Polens aus eigener Kraft!

Die Polen-Garantie stellte in der Tat keinen Kontinuitätsbruch in der britischen Politik dar, doch überbewertet NEWMAN die Fähigkeit und Bereitschaft Londons zur kriegerischen Intervention auf dem Kontinent. Er übersieht, daß Großbritannien – bedingt durch sein Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens – auch 1939 vorrangig um die Erhaltung eines offenen multipolaren internationalen Systems bemüht war. Wie sonst wäre das Zögern gegenüber

scher Historiographie zu erklären, wenn immer noch die emotionsgeladene Vorstellung vom »perfiden Albion« erhalten muß, um die britische Politik als »geheuchelte ›Verständigungs‹bereitschaft« darstellen zu können. Historisch-Politisches Buch 25, 1977, S. 53 f.

¹⁷ Hierzu neuerdings der Sammelband Manfred FUNKE (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976.

¹⁸ Vgl. zu diesem Punkt auch Wolf D. GRUNER: »British Interest« in der Zwischenkriegszeit. Aspekte britischer Europa-Politik 1918–1938, in: Gleichgewicht – Revision – Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge. Hg. v. Karl BOSL, München-Wien 1976, S. 85 ff. und Bernd-Jürgen WENDT: Großbritannien – Demokratie auf dem Prüfstand: Appeasement als Strategie des Status quo, in: Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Hg. v. E. FORNDRAN u. a., Opladen 1977, S. 11 ff.

¹⁹ Reinhard MEYERS: Britische Sicherheitspolitik 1934–1938. Studien zum außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß, Düsseldorf 1976, S. 79.

dem Abschluß einer »Großen Allianz« unter Einschluß der Sowjetunion zu erklären? In einem solchen offenen System wären Konflikstoffe auf dem Verhandlungsweg zu beseitigen und die dann saturierten Großmächte in einer »natürlichen Balance«²⁰ zu vereinen. Das neue Gleichgewicht hätte die »sinister significances« und den infolge des britischen Machtverlusts bedrohlichen *circulus vitiosus* der herkömmlichen Gleichgewichtspolitik überwunden.²¹

Um die Kriegsgefahr in den Subsystemen der internationalen Politik nicht zur Weltkriegsgefahr werden zu lassen, galt es darum, die Dynamik jedes dieser Konflikte einzeln unter Kontrolle zu bringen. Das als internationale Ordnungsmacht militärisch überforderte Großbritannien versuchte seine Rolle aufrechtzuerhalten, indem es in einem der Anarchie entgegentreibenden internationalen System die Unfähigkeit zur militärischen Intervention durch eine Neudefinition der Interessensphären der Großmächte mit dem Ziel eines *general settlement*²² wettzumachen versuchte. Eine solche *Gesamtregelung* im Rahmen eines *besseren politischen Weltsystems*²³ sollte einschließen: territoriale Neuregelungen zuungunsten mittlerer und kleinerer Mächte, Abkommen über Rüstungsbegrenzungen und Liberalisierung des Welthandels. Ein System dieser Art hätte die Stellung Großbritanniens als europäischer und überseeischer Macht gefestigt und das imperialistische Erbe noch für einige Zeit erhalten. Die Zerstörung des Systems leitete den Rückzug Großbritanniens nach Europa ein und beendete die britische Rolle des Gleichgewichtshalters gegenüber dem europäischen Kontinent.

²⁰ Außenminister Lord Halifax am 24. 2. 1939 in einem Vortrag in Ashridge. Halifax-Nachlaß, zit. bei Gottfried NIEDHART: Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939. Studien zur britischen Politik der Friedenssicherung zwischen den beiden Weltkriegen, München 1972, S. 165.

²¹ Ebd. Siehe auch ein Memorandum von Lord Halifax vom 24. 5. 1938, Public Record Office London, CAB 24/277.

²² So der viel benutzte und oft identisch mit *international appeasement* gebrauchte zeitgenössische Terminus zur Bezeichnung einer befriedeten internationalen Gesellschaft.

²³ Lord Halifax zu Hitler am 19. 11. 1937. Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 1, S. 51.